

Das Bankgeheimnis wird Geschichte

G-20-Staaten und OECD wollen automatischen Informationsaustausch schon Ende 2015 einführen - in Steueroasen

wie Liechtenstein findet man sich damit ab und überlegt, wie man mit Altbeständen umgehen soll

Vaduz/München - Katja Gey kennt die Zwickmühle am besten, in der Liechtenstein steckt. Die sportlich-drahtige Frau hat einen der schwierigsten Jobs im Fürstentum. Als Leiterin der Stabsstelle für internationale Finanzfragen der Regierung in Vaduz hat Gey in Windeseile mit Dutzenden Ländern Abkommen ausgehandelt. Sie regeln die grenzübergreifende Zusammenarbeit in Steuerfragen. Auf den Punkt gebracht sollen die Abkommen vor allem eines erreichen: Liechtenstein vom Ruf der finsternen Steueroase befreien, in dem Betrüger aus aller Welt mit ihrem Schwarzgeld willkommen sind.

Nur noch versteuerte Vermögen sind nach offizieller Lesart im Fürstentum willkommen. Das sei die Zukunft. Was aber ist mit der Vergangenheit? Wie soll man mit den vielen Milliarden Euro Schwarzgeld umgehen, die nach wie vor auf Konten und in Stiftungen in Liechtenstein gebunkert sind? "Wir brauchen unbedingt Lösungen für die Altfälle", sagt Gey.

Was die Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrieländer vorigen Herbst in St. Petersburg noch als Ziel formulierten, setzten ihre Finanzminister vor zwei Wochen in Sydney in Gang. Sie gaben den Startschuss für einen grenzübergreifenden automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen. Bereits Ende 2015 soll er beginnen. Dann müssen alle beteiligten Länder Kontostände, sowie Erträge aus Finanzgeschäften und Zinsen, die ein ausländischer Anleger kassiert hat, an die Finanzbehörden in dessen Heimatland melden. Damit ist nicht nur das Bankgeheimnis Geschichte - es ist auch der Anfang vom Ende vieler Steueroasen.

Bei der Umsetzung gibt die OECD den Takt vor, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie fordert schon seit den 1980er Jahren mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kampf gegen Steuerflüchtlinge. In Ländern wie Liechtenstein, wo sich der hohe Wohlstand auch auf die jahrzehntelange Verwaltung von Schwarzgeld ausländischer Kunden gründet, sorgt dies für gemischte Gefühle. Vor allem viele Treuhänder, die mit der diskreten Verwaltung ausländischer Schwarzgeldkonten reich wurden, stemmen sich gegen die Reformen. Seit geraumer Zeit jedoch scheinen die Reformer, zu denen vor allem der Liechtensteiner Bankenverband gehört, immer mehr die Oberhand zu gewinnen. Sie wollen den Finanzplatz Liechtenstein neu ausrichten, im Einklang mit OECD und G-20.

Internationale Experten wie Achim Pross bestärken Liechtenstein in dieser Haltung. Der Abteilungsleiter für internationale Zusammenarbeit am OECD-Steuerzentrum in Paris, rät auch beim automatischen Informationsaustausch zur Kooperation. "Der automatische Informationsaustausch kommt, er ist eigentlich schon da", sagte Pross bei einer Fachkonferenz in Liechtenstein und mahnte die dort versammelten Vertreter des Finanzplatzes: "Es ist besser, aktiv dabei zu sein." Soll heißen: Blockieren und Wegducken wie in der Vergangenheit funktionieren in Zukunft ohnehin nicht mehr.

Mit Hochdruck arbeitet die OECD an der Umsetzung. Einheitliche Prozessabläufe bis hin zur standardisierten IT sollen von Ende 2015 an dafür sorgen, dass die Informationen über Geldanlagen und daraus resultierende Einkünfte routinemäßig und schnell beim jeweiligen Heimat-Fiskus des Anlegers landen. "Wir arbeiten daran, dass die daraus resultierenden Belastungen etwa für Banken so gering wie möglich, der Nutzen für die Finanzbehörden aber so groß wie möglich wird", sagt OECD-Experte Pross.

Noch vor ein, zwei Jahren lehnte Liechtenstein einen automatischen Informationsaustausch kategorisch ab. Das in dem Zwergstaat besonders strenge Bankgeheimnis galt als heilig. Doch vor allem der Druck der Amerikaner zeigt Wirkung. Ihr Facta-Gesetz zwingt ausländische Banken dazu, dem US-Fiskus Auskünfte über die Geschäftsbeziehungen amerikanischer Staatsbürger zu zeigen. Washington setzt diesen Anspruch bei Bedarf wenig diplomatisch und nicht zimperlich durch. OECD, G-20 und EU machen sich dies zunutze.

Noch immer allerdings gibt es in dem Fürstentum Treuhänder, die fragwürdige Geschäftsmodelle anbieten. Nur dass sie das Schwarzgeld ausländischer Kunden nicht mehr in Liechtensteiner Stiftungen verstecken, sondern in Panama, Antigua oder Singapur. "Wer sein Geld da anlegen will, der soll es tun, denn dem ist nicht zu helfen" sagt Michael Sell. "Ich möchte als Kontoinhaber meine Ansprüche im Notfall nicht gegen eine singapurische Bank in Singapur erstreiten müssen." Der Chef der Steuerabteilung im Bundesfinanzministerium redete bei der Fachtagung in Liechtenstein den dortigen Bankern, Treuhändern und Anwälten ins Gewissen. Vor allem aber machte er ihnen wenig Hoffnung, was eine Legalisierung bestehender Schwarzgeldbestände durch die Hintertür angeht. Das Fürstentum hatte lange gehofft, die "Altfälle", von denen Katja Gey spricht, über das geplante deutsch-schweizer Abkommen lösen zu können. Liechtenstein wollte sich dranhängen. Doch das Abkommen ist bekanntlich am Widerstand von SPD und Grünen gescheitert, denen es zu sehr nach Amnestie roch.

Michael Sell aus dem Berliner Finanzministerium kann sich daher eine vergleichbare Regelung in absehbarer Zeit nicht wieder vorstellen. Er rät Steuerflüchtlingen, die nach wie vor Schwarzgeld in Ländern wie Liechtenstein gebunkert haben, zu einem seit 1919 im deutschen Recht verankerten Mittel: Der Selbstanzeige. "Sie ist fiskalisch, ökonomisch und rechtsstaatlich der richtige Weg."

An die Verantwortlichen am Finanzplatz Liechtenstein appellierte er: "Geben Sie Ihren deutschen Kunden den Rat, die Dinge auf diese Weise zu regeln". Und gab den Liechtensteiner Bankern, Treuhändern und Anwälten den Tipp für ein neues Geschäftsmodell: "Gründen Sie mit deutschen Kollegen ein Kompetenzzentrum Selbstanzeige." Denn eines sei klar: Einen Ablasshandel mit den deutschen Fiskus wird es für die Besitzer von Schwarzgeld im Ausland nicht mehr geben.

VON UWE RITZER

Bildunterschrift: Das Fürstentum Liechtenstein will sich vom Ruf der finsternen Steueroase befreien.

Foto: Bloomberg


Quelle: Süddeutsche Zeitung, 10.03.2014, Ausgabe München, Bayern, Deutschland, S. 19

Ressort: Ressort: Wirtschaft

Dokumentnummer: A56658827

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.genios.de:443/document/SZ__A56658827

Alle Rechte vorbehalten: (c) Sueddeutscher Verlag GmbH, Muenchen

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH